



Antragsteller: SPD

Antragsdatum: 06. Februar 2023

Beratungsfolge:	Datum		Datum
<input type="checkbox"/> Dienstberatung Oberbürgermeister		<input type="checkbox"/> Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz	
<input type="checkbox"/> Ausschuss für Haushalt und Finanzen		<input type="checkbox"/> Ausschuss für Bau und Verkehr	
<input type="checkbox"/> Ausschuss für Recht, Ordnung, Sicherheit und Petitionen		<input type="checkbox"/> Hauptausschuss	15.02.2023
<input type="checkbox"/> Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Rechte für Minderheiten		<input type="checkbox"/> Stadtverordnetenversammlung	22.02.2023
<input type="checkbox"/> Ausschuss für Bildung, Sport, Kultur und sorbisch/wendische Angelegenheiten		<input type="checkbox"/> Beteiligung Ortsbeiräte nach KVerf	
<input type="checkbox"/> Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligung und Strukturwandel		<input type="checkbox"/> Information an AG Ortsteile	
		<input type="checkbox"/> Jugendhilfeausschuss	

Antragsgegenstand:

Maßnahmeplan Barrierefreie Verwaltung

Inhalt des Antrages:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, durch die Verwaltung einen konkreten Plan zur Umsetzung aller Vorschläge und Maßnahmen zur Schaffung einer barrierefreien Verwaltung erarbeiten zu lassen.

Begründung:

Eine barrierefreie Verwaltung ist die Voraussetzung für die eigenständige und selbstbestimmte Teilnahme von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben.

Mit unserem Antrag AT-03/22 hatten wir um Prüfung gebeten, ob die Stadtverwaltung Cottbus/Chóšebuz den gesetzlichen Anforderungen einer barrierefreien Verwaltung entspricht.

Die Ergebnisse dazu wurden in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Rechte der Minderheiten am 5.10.2022 vorgestellt.

Daraus ergeben sich für uns folgende Erfordernisse:

1. Die aufgeführten Defizite und auch die zum Teil benannten Vorschläge für Maßnahmen sind in einem Umsetzungsplan inhaltlich, zeitlich und finanziell darzustellen.
2. Es wird empfohlen, den Themenbereich „Barrierefreie Verwaltung“ in den Lokalen Teilhabeplan aufzunehmen.

Vorsitzender SPD- Fraktion

Beschlussniederschrift

- Gremium: HA StVV
 einstimmig mit Stimmenmehrheit
 laut Beschlussvorschlag
 mit Veränderungen (siehe Niederschrift)

Beschluss-Nr.:

Tagung am: TOP:
Anzahl der **Ja**-Stimmen:
Anzahl der **Nein**-Stimmen:
Anzahl der **Stimmenthaltungen**: